Deutscher Bundestag **Drucksache 14/8492**

14. Wahlperiode 12. 03. 2002

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Norbert Hauser (Bonn), Dr. Gerhard Friedrich (Erlangen), Thomas Rachel, Ilse Aigner, Dr. Maria Böhmer, Sylvia Bonitz, Dr. Ralf Brauksiepe, Thomas Dörflinger, Axel E. Fischer (Karlsruhe-Land), Ursula Heinen, Klaus Holetschek, Dr.-Ing. Rainer Jork, Steffen Kampeter, Eckart von Klaeden, Dr. Martina Krogmann, Werner Lensing, Erich Maaß (Wilhelmshaven), Dr. Martin Mayer (Siegertsbrunn), Claudia Nolte, Katherina Reiche, Hans-Peter Repnik, Dr. Norbert Röttgen, Heinz Schemken, Dr.-Ing. Joachim Schmidt (Halsbrücke), Dr. Erika Schuchardt, Bärbel Sothmann, Andreas Storm, Angelika Volquartz, Annette Widmann-Mauz, Heinz Wiese (Ehingen) und der Fraktion der CDU/CSU

zu der Beratung der Großen Anfrage der Abgeordneten Dr. Maria Böhmer, Dr. Gerhard Friedrich (Erlangen), Ilse Aigner, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksachen 14/4172, 14/6943 –

Maßnahmen der Bundesregierung für eine nationale Bildungsoffensive zur mittel- und langfristigen Behebung des Fachkräftemangels im IT-Bereich

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Fachkräftemangel ist eines der größten Investitionshemmnisse in Deutschland. Fast 55 % der deutschen Unternehmen stellen ausländische Arbeitskräfte ein, weil es nicht genügend inländische Bewerber gibt. Trotzdem können nicht alle freien Stellen sofort mit qualifizierten Arbeitskräften besetzt werden. Allein 400 000 von Hochschulabsolventen zu besetzende Stellen konnten im Jahr 2000 nicht wieder besetzt werden.

Besonders der IT-Bereich ist vom Fachkräftemangel betroffen. Laut Technologiebericht der Bundesregierung 2000 (Bundestagsdrucksache 14/6268) werden im IT-Bereich bis einschließlich 2002 350 000 Fachkräfte fehlen, davon die Hälfte mit akademischer Ausbildung. Daran ändert auch der vorübergehende konjunkturelle Einbruch nichts.

Das von der Bundesregierung früher favorisierte Green-Card-Modell führt nicht zu dem erwarteten Zustrom ausländischer Spezialisten in den deutschen Arbeitsmarkt. Sie selbst räumt ein, dass von den angestrebten 20 000 Arbeitserlaubnissen bisher nur 8 820 erteilt wurden. Eine wirkliche Lösung des Problems wird mit der Green-Card also nicht erreicht.

Andererseits gibt es eine hohe Zahl an arbeitslosen Akademikern: Bereits 1995/96 waren 60 000 Ingenieure und 30 000 Naturwissenschaftler ohne Arbeit. Eine solche Verschwendung von Humankapital kann sich kein Land leisten. Diesen Menschen, die über eine hochwertige akademische Ausbildung verfügen, sie aber nicht zur Anwendung bringen können, muss eine berufliche Zukunft gegeben werden.

Um kurzfristig den Fachkräftemangel zu beseitigen, ist also verstärkt auf Weiterbildung zu setzen. Jedoch ist es angesichts der Vielzahl der Weiterbildungsangebote in Deutschland schwer, einen Überblick zu gewinnen. Für die notwendige Transparenz auf dem Bildungssektor kann eine neu zu gründende Stiftung Bildungstest wertvolle Dienste leisten.

Eine Schlüsselrolle für eine langfristige Behebung des Fachkräftemangels in Deutschland hat die Ausbildung der jungen Menschen. Jedoch zeigen internationale Studien wie PISA oder TIMSS, dass das Interesse der Schülerinnen und Schüler in Deutschland an mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern nicht in ausreichendem Umfang geweckt wird. Dies wirkt sich auch auf das spätere Studierverhalten aus. Nur wenn diese Voraussetzung erfüllt ist und die Schulen sowohl materiell als auch personell entsprechend ausgestattet werden, wird Deutschland international den Anschluss wieder finden.

Eine verantwortungsvolle Bildungspolitik darf jedoch nicht nur die Elite im Auge behalten, sondern muss auch junge Menschen mit Lernschwächen fördern. Diese sind in den Schulen auf das Arbeitsleben ausreichend vorzubereiten. Ihnen muss die Chance gegeben werden, einen Berufsabschluss erwerben zu können. Dazu müssen praktische Begabungen gefördert und genutzt werden.

Analysen, aus denen sich ergibt, dass Deutschland im internationalen Vergleich gegenüber anderen Staaten einen großen Aufholbedarf hat, gibt es genug. Nun ist es an der Zeit, endlich die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass Deutschland eine neue Lernkultur erhält.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. gemeinsam mit den Ländern eine Offensive zu starten, die die zukünftige zentrale Bedeutung von naturwissenschaftlichen und informationstechnischen Berufen sowie die dafür bestehenden guten Chancen auf dem Arbeitsmarkt aufzeigt;
2. gemeinsam mit den Ländern und der Wirtschaft dafür Sorge zu tragen, dass im Dienstleistungssektor – insbesondere im IT-Bereich – Ausbildungsberufe eingeführt werden, die den Anforderungen des Neuen Marktes gerecht werden, sowie dass die bestehenden Ausbildungsberufe entsprechend den sich ändernden Anforderungen der Wirtschaft modifiziert werden;
3. gemeinsam mit den Ländern und der Wirtschaft Berufsbilder und entsprechende Abschlüsse zu entwickeln, die es auch Jugendlichen mit mehr praktischer Begabung ermöglichen, einen Berufsabschluss zu erwerben;
4. die Aufenthaltserlaubnis Studierender nach erfolgreichem Studienabschluss in Deutschland ggf. bis zu einem halben Jahr zur Suche eines diesem Abschluss angemessenen Arbeitsplatzes, sofern er nach den einschlägigen Bestimmungen von Ausländern besetzt werden darf, zu verlängern;
5. neben dem Ausländerrecht auch Verwaltungsvorschriften zu vereinfachen, damit die Verfahren zu einem zügigen Abschluss gebracht werden können;
6. in der ausländischen Kulturarbeit stärker als bisher den Wissenschaftsstandort Deutschland mit der Vielfalt und Qualität von Studiengängen und der Forschungslandschaft zu präsentieren;

7. gemeinsam mit der Exportwirtschaft im Ausland um hoch qualifizierte Fachkräfte für den Technikstandort Deutschland zu werben;
8. gemeinsam mit den Ländern sog. „Off-Shore-Gründungen“ deutscher Hochschulen im Ausland zu fördern, damit dort ausländische Studierende das Grundstudium absolvieren können, um dann das Studium bis zum Hochschulabschluss in Deutschland fortzusetzen, bzw. dort einen ersten Hochschulabschluss erlangen können („first degree at home“), um in Deutschland ein Aufbaustudium anzuschließen;
9. die Möglichkeiten der Hochschulen, sich ihre Studienbewerber selbst auszuwählen, deutlich zu erweitern, damit auch ein Wettbewerb um die für einen Studiengang geeignetsten Studierenden stattfinden kann;
10. gemeinsam mit den Ländern praxisorientierte Hochschulstudiengänge oder duale Studiengänge im IT-Bereich zu entwickeln, die es erlauben, in kurzer Zeit einen Hochschulabschluss zu erwerben (z. B. Bachelor- oder Masterstudiengänge);
11. bei der Vergabe von Aufträgen an die Stiftung Warentest („Stiftung Bildungstest“) zunächst Weiterbildungsmaßnahmen im IT-Bereich überprüfen zu lassen, weil auf diesem Gebiet der Fachkräftemangel am gravierendsten ist.

Berlin, den 12. März 2002

Norbert Hauser (Bonn)
Dr. Gerhard Friedrich (Erlangen)
Thomas Rachel
Ilse Aigner
Dr. Maria Böhmer
Sylvia Bonitz
Dr. Ralf Brauksiepe
Thomas Dörflinger
Axel E. Fischer (Karlsruhe-Land)
Ursula Heinen
Klaus Holetschek
Dr.-Ing. Rainer Jork
Steffen Kampeter
Eckart von Klaeden
Dr. Martina Krogmann
Werner Lensing
Erich Maaß (Wilhelmshaven)
Dr. Martin Mayer (Siegertsbrunn)
Claudia Nolte
Katherina Reiche
Hans-Peter Repnik
Dr. Norbert Röttgen
Heinz Schemken
Dr.-Ing. Joachim Schmidt (Halsbrücke)
Dr. Erika Schuchardt
Bärbel Sothmann
Andreas Storm
Angelika Volquartz
Annette Widmann-Mauz
Heinz Wiese (Ehingen)
Friedrich Merz, Michael Glos und Fraktion



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333